

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/141

Bonn, den 30. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1 a	<u>Es gibt keine Wunderwaffen</u> Ein Wort an Franz Josef Strauß Von Fritz Säger, MdB	59
1 a	<u>Dr. Rolf Pauls</u> Ein Botschafter, der stolz auf seine Leistung sein darf	26
2	<u>Widersprüchliche Entwicklung in Griechenland</u> Will Papadopoulos der "de Gaulle von Hellas" werden? Von Dr. Hans Apel, MdB	50
3 - 4	<u>Israel hat die Rezession der Jahre 1966/67 überwunden</u> Keine Arbeitslosigkeit mehr - Mangel an Fachkräften Von unseren Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon	91

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Deutsche Welle auf dem dritten Platz
Werben um die deutsche Minderheit
Lauritzen in Traunreut
Wohnungszensus nach Bevölkerungsgruppen
Rechte Würdigung Otto Brauns fehlt noch
Gerhart Hauptmann wieder im Fernsehen

* *

*

Es gibt keine Wunderwaffen

Ein Wort an Franz Josef Strauß

Von Fritz Sänger, MdB

In einer Pressekonferenz in den Vereinigten Staaten hat Franz Josef Strauß wieder einmal in "Politik der Sturke" und zugleich der Abhängigkeit gemacht - ein seltsames, aber in den Möglichkeiten dieser Art von Politikern durchaus sich wiederholendes Tun. Daß beide Ausgangspunkte bei dem Verbündeten kaum Respekt erwecken, entgeht diesem Manne regelmäßig. Er denkt in der klobigen Indifferenziertheit, die seinem Wesen entspricht und die er nur zuweilen durch intellektuelle Manipulationen überwindet.

Den Vertrag gegen die Nichtverbreitung von Atomwaffen solle die Bundesrepublik nicht früher unterschreiben, "bevor wir nicht wissen", so sagte Strauß vor deutschen und fremden Journalisten, "wer neuer amerikanischer Präsident ist".

Als ob es für die Völker in der Welt von ausschlaggebender Bedeutung wäre, wann die Bundesrepublik unterschreibt, als ob es nicht sogar für die, welche den Deutschen nicht wohlwollen, erfreulich erscheint, wenn wir nicht oder auch nur, wenn wir spät und unter Zähneknirschen unterschreiben. Sie ziehen daraus Folgerungen, die uns schaden. Es kommt ihnen nicht auf uns an, aber es kommt uns auf die Wertung an, die wir für unsere politischen Entschließungen bei den Völkern erfahren.

Strauß hat es auch heute noch nicht erfaßt, daß jeder Präsident in den USA künftig wie bisher die Außenpolitik fortsetzt, die seine Vorgänger mit sorgfältiger Erwägung eingeleitet haben. Es ist dort nicht wie bei uns üblich, daß der eine dem anderen in den Arm fällt, wenn über die Interessen der Nation entschieden und auch schon, wenn über sie gedacht und geplant wird. Man stellt sich dort kein Bein, schon garnicht, wenn man - noch dazu als Kabinettsmitglied - im Ausland auftritt. Es ist offenbar sehr schwer, Takt zu wahren und Politik ohne heimliche Ressentiments zu erörtern.

Strauß zog es vor, amerikanische Entscheidungen zum Maßstab deutscher Überlegungen und Beschlüsse zu machen und dies in den USA ausdrücklich zu vertreten - eine ungewohliche, nein, eine nun schon übliche Methode gewisser deutscher Politiker. Erst wenn die neue Regierung in Washington, so sagte Strauß den erstaunten Journalisten, ihre Europa-Politik und ihre Sicherheitspolitik zum Schutze Westeuropas definiert habe, könne auch Bonn entscheiden, "ob wir unterschreiben oder nicht". Glaubt er denn wirklich, - und wer glaubt es außer ihm? - daß eine neue Regierung in den USA eine neue Definition ihrer Politik vornehmen werde, die die eigene Sicherheit betrifft?

Was da geredet wurde, das war der nicht gelungene Versuch, ein

gewünschtes Nein zum Sperrvertrag sachlich zu bemängeln, mindestens es so weit wie nur möglich hinauszuschieben in dem Geiste: es wird vielleicht irgend etwas geschehen, was ihm Beistand gibt. Wunderwaffen haben es aber in sich: es gibt sie nicht.

Die Interessen der Bundesrepublik verlangen eigene und weit-schauende deutsche Überlegungen. Sie können nur dazu führen, daß sich die Bundesrepublik hütet, wieder in eine Isolierung zu geraten, in der sie abseits stehend zwar demonstrieren, sogar lärmern und zornig sein kann, in der sie aber gleichsam in politischer Quarantäne bleibt, ohne Wirkung auf andere, auf das politische Geschehen in der Welt.

Es war schwierig genug für die im Amte stehende Bundesregierung die Absichtsposition der Bundesrepublik, die sie vorwand, wieder zu ändern und deutsche Argumente ins Spiel zu bringen, seit sie vor fast zwei Jahren die verfehlte Außenpolitik ihrer Vorgänger zu korrigieren begann. Strauß sollte sich hüten, innenpolitische Zweckvorstellungen den Interessen der Nation vorzuzordnen. Man wird das bemerken.

+ + +

Dr. Rolf Pauls

Ein Botschafter, der stolz auf seine Leistungen sein darf

sp - Der erste deutsche Botschafter in Israel, Dr. Rolf Pauls, hat zu Beginn dieser Woche nach dreijähriger Tätigkeit Tel Aviv verlassen. Dieser Mann verdient die höchste Anerkennung aller Deutschen, denen die Versöhnung unseres Volkes mit dem Volk von Israel am Herzen liegt. Als Pauls vor drei Jahren seinen Posten antrat, wurde er von den Offiziellen mit kühler Zurückhaltung empfangen und von Heißspornen beschimpft. Bei seinem Abschied wurden ihm herzliche Worte des Dankes für seine Tätigkeit in Israel gewidmet. Dr. Pauls wußte sehr wohl, was ihn bei Antritt seines Botschafterpostens in Israel erwartete. Mit viel Takt, Zurückhaltung aber auch mit Festigkeit und einer menschlich verbindenden Offenheit hat dieser erste deutsche Botschafter im Staate Israel gewirkt. Es waren nicht nur die in der Vergangenheit durch die Hitler-Diktatur dem jüdischen Volk zugefügten Verbrechen, die Pauls Mission zu einer der schwierigsten Aufgaben der Nachkriegsdiplomatie der Nachkriegszeit werden ließen; auch die Nah-Ost-Krise mit ihren Konsequenzen erforderten von dem deutschen Botschafter in Israel ein Höchstmaß an Einfühlungsvermögen. Auch diese Aufgabe löste Dr. Pauls mit viel Geschick und Umsicht, Eigenschaften, die in Israel nicht nur gewürdigt, sondern gelegentlich sogar bewundert wurden. Dem aus Israel scheidenden Botschafter verdankt es die Bundesrepublik zu einem großen Teil, daß jetzt die Beziehungen zwischen den Israelis und uns als normal bezeichnet werden können. Das ist eine große Leistung, auf die Dr. Pauls stolz sein darf. Sein Nachfolger kann jetzt die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik auf einem von Dr. Pauls geschaffenen soliden Fundament weiter ausbauen.

+ + +

Widersprüchliche Entwicklung in Griechenland

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die Entwicklung in Griechenland wird zunehmend unübersichtlicher. Auf der einen Seite stehen unmißverständliche Aussagen von Regierungsmitgliedern, die deutlich machen, daß Versprechungen auf baldige Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie nicht gehalten werden. Insbesondere der griechische Innenminister Pattakos hat sich in diesem Zusammenhang negativ ausgezeichnet.

Andererseits hat der Prozeß gegen den Führer der griechischen Sozialdemokraten Protopapas gezeigt, daß das Regime auch entgegenkommend sein kann. Der massive Druck aus dem westlichen Ausland hat sicherlich mitgeholfen, um diesem Gerichtsverfahren die Züge eines politischen Scheuprozesses zu nehmen. Wenn der Staatsanwalt auf Freispruch für Protopapas, den Studenten Dolgas u.a. plädierte, das Gericht aber dennoch Gefängnisstrafen mit Bewahrung aussprach, dann wird auch hier die Spannung innerhalb der Militärjunta deutlich. Der Staatsanwalt wird kaum aus sich heraus Freisprüche fordern, ohne dazu eine gewisse Rückendeckung bei Mitgliedern der Junta geholt zu haben. Wenn dann das Militärgericht anders entscheidet, ohne allerdings das vor dem Prozeß erwartete Strafmaß zu verhängen, dann ist das mehr als ein interessantes Zeichen. Das Militärgericht setzt damit einen Mann auf Bewahrung auf freien Fuß, der während seiner monatelangen Haft immer wieder von der griechischen Sicherheitsbehörde zur Erpressung von Geständnissen gefoltert wurde und dem im Kampf um die Wiederherstellung der griechischen Demokratie eine nicht wesentliche Rolle zukommt.

Auch der Verlauf der Verfassungsdiskussion läßt innerhalb der Junta auf entgegenlaufende Strömungen schließen. Es wäre zu einfach und zweifelschne voreilig, die Vorlage eines neuen Regierungsentwurfes für eine griechische Verfassung anstelle des vorliegenden Entwurfes von Dezember 1967 als einen weiteren Schritt auf dem Wege zur vollkommenen Diktatur zu bezeichnen. Eher scheint auch dieser Schritt ein Zeichen innerer Zerrissenheit und einer gewissen Ratlosigkeit zu sein, wie die Notwendigkeiten der Konservierung der Macht der Junta mit den Pressionen der westlichen Verbündeten auf Redemokratisierung auf einen Nenner gebracht werden können. Daß man sich deshalb erst einmal an König durch eine wesentliche Einschränkung seiner Befugnisse in dem neuen Verfassungsentwurf schädlos hält, ist mehr als nur eine psychologisch verständliche Reaktion. Sie könnte eine Entwicklung einleiten, die darauf abzielt, Ministerpräsident Papadopoulos zum "de Gaulle von Hellas" zu machen.

Auch dieser Verfassungsentwurf muß sehr genau geprüft werden. Vor allem aber muß der Junta mit allem Nachdruck gesagt werden, daß für uns nur Taten zählen. Deshalb kann die Volksabstimmung über den Entwurf einer griechischen Verfassung am 29. September 1968 nur eine Stufe auf dem Wege zur Rückkehr zur Demokratie sein. Die Übergangsbestimmungen des Regierungsentwurfes enthalten keine Fristen für das Inkrafttreten der neuen Verfassung nach der Plebiszit und für erste Parlamentswahlen.

Hier muß politisch nachgefaßt und deutlich gemacht werden, daß diese Etappen durchquert sein müssen, ehe wir unsere bisherige Haltung zur Fortsetzung nationaler und übernationaler Hilfen an Griechenland grundsätzlich revidieren können. Erst die Wiederherstellung der vollen Bürgerrechte und der politischen Freiheit im Lande kann Griechenland wieder in den Kreis der freien Völker Europas zurückführen.

Israel hat die Rezession der Jahre 1966/67 überwunden

Keine Arbeitslosigkeit mehr - Mangel an Fachkräften

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmor

Arbeitsminister Jigal Alon konnte kürzlich im israelischen Parlament eine symptomatische Entscheidung bekanntgeben: Der ungefähr seit zwei Jahren bestehende "Generalstab zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" wurde aufgelöst und der Minister muß nicht mehr an den wöchentlichen Sitzungen dieses Stabes teilnehmen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht mehr Problem Nr. 1 im Lande. Die Vermittlung von Beschäftigungsmöglichkeiten kann auf normalem Wege durch die Arbeitsämter erfolgen.

1966/67 stand Israel, das gegen drohende Inflation kämpfte, im Zeichen der Rezession. Während früher im Tagesdurchschnitt 3 000 Vollerwerbslose bei den Arbeitsämtern gemeldet gewesen waren, hatte es im Frühjahr 1967 einen Rekord von 42 000 gegeben. Diese Ziffer zeigte noch nicht den wahren Umfang der Erwerbslosigkeit an, weil viele sich gar nicht mehr bei den Arbeitsämtern meldeten.

Im vorigen Jahre hatte es zwei Schritte in Israel gegeben. Im ersten Teil des Jahres hatte die Regierung ihre "konzertierte Aktion" - vor allem im Bauwesen - eingeleitet, um die Wirtschaft wieder zu beleben und der Rezession ein Ende zu bereiten. Im zweiten Teil des Jahres, nach dem Sechstagekrieg, ging die "Belebungs politik" weiter, aber in anderer Richtung. In erster Linie wurde die Metallindustrie gefördert, die große Aufträge des Verteidigungsministeriums zu bewältigen hatte. Innerhalb weniger Monate absorbierte dieser Zweig 10 000 Arbeiter, aus Arbeitslosigkeit wurde Arbeitermangel, und in diesem Jahre fehlen dieser für Israel so wichtigen Branche schon 4 000 bis 5 000 Arbeitskräfte. Die Zahl der Vollerwerbslosen ist auf etwa 12 000 zurückgegangen, von denen ein großer Teil ältere Personen und Gebrechliche sind. In diesem Jahre kommen 30 000 bis 40 000 neue Arbeitskräfte (Jugendliche) hinzu, andererseits werden durch die Wirtschaftsentwicklung wenigstens 45 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden - davon 10 000 in der Industrie, 1 000 in der Landwirtschaft, 7 000 im Baugewerbe, 13 000 in der Touristik und den Dienstleistungszweigen, der Rest in anderen Wirtschaftsgruppen.

Nach Meinung des Arbeitsministers Alon wird Ende 1968 die Arbeitslosigkeit in Israel der Geschichte angehören, alle Überlegungen werden nur dem Problem der Deckung des Bedarfs an Kräften gelten. Schon heute ist diese Tendenz zu bemerken. Die Zeitungen Israels sind voll mit Stellenanzeigen, besonders am Wochenende. Im Vordergrund stehen Nachfragen nach Ingenieuren, Technikern, Chemikern und Elektronikfachleuten. Bei den Arbeitsämtern waren über 600 arbeitslose Akademiker gemeldet (meistens Angehörige der geisteswissenschaftlichen Zweige), andererseits konnten die Arbeitsämter jedoch hunderte Nachfragen nach Akademikern (technische Zweige) nicht befriedigen.

Arbeitsminister Alon ist mit einem Umstand nicht zufrieden - nämlich mit dem geringen Prozentsatz berufstätiger Frauen. Die machen

nur 28 Prozent der Erwerbstätigen aus; der Anteil sollte nach Meinung des Ministers wie in Dänemark auf 38 gesteigert werden. Dies ist jedoch schwierig, da viele Frauen, die berufstätig waren, die Arbeit aufgeben, um sich den Kindern zu widmen. Würden sie zur Arbeit zurückkehren, so müßten sie den Haushaltshilfen mehr zahlen, als sie selbst einnehmen. Daher verzichteten sie auf die Arbeit. Es wurde schon vorgeschlagen, die Einkommensteuer für die arbeitende Frau zu senken oder gar gänzlich aufzuheben, um einen Ausgleich zu schaffen, aber dazu wollte das Finanzministerium aus grundsätzlichen Erwägungen nicht seine Zustimmung geben.

Der internationale Währungsfonds lobte in seinem letzten Bericht über Israel die Lohndisziplin der Gewerkschaften, die noch eine Folge der bitteren Erfahrungen der Rezessionsjahre ist. Für 1968 haben die Gewerkschaften (Histadrut) auf jede offizielle Lohnsteigerung verzichtet, wenn es auch inoffiziell Zahlung von Superlöhnen und Abwerbung von Fachleuten gibt. Die Zahl der Streiks ging 1967 um 50 Prozent gegenüber 1966 zurück, die Zahl der verlorenen Arbeitstage sank sogar um 60 Prozent. Bisher läßt sich diese Idylle halten, da die Preissteigerung verhältnismäßig gering blieb.

Die Konjunktur wird in hohem Maße von den Aufträgen des Verteidigungsministeriums beeinflusst, trägt also inflationistische Momente in sich. Inzwischen hat die Regierung das Verteidigungsbudget (relativ mit 35 Prozent aller Ausgaben das höchste pro Kopf der Bevölkerung) um weitere 140 Millionen Dollar erhöht. Aber diese Gelder werden zum großen Teil durch eine Anleihe beschafft, außerdem wurden knapp 60 Millionen Dollar bei Entwicklungsausgaben gekürzt. Da außerdem auch die Kommunalbehörden veranlaßt worden, ihre Entwicklungsausgaben einzuschränken, besteht nach Meinung des - in Israel sehr einflußreichen - Wirtschaftsberaters des Finanzministers Sapir, M. Sandberg, keine akute Inflationsgefahr mehr. Er ist der Überzeugung, daß durch die Einschränkung der Entwicklungsausgaben eine gewisse Neutralisierung und ein Ausgleich in der Wirtschaft stattgefunden hat.

Für den Moment sprechen manche Entwicklungen zugunsten von Sandberg, vor allem die relative Preisstabilität und die disziplinierte Haltung der Lohnempfänger, die Geld mit konstanter Kaufkraft schätzen gelernt haben. Unter solchen Umständen greift die Konjunktur von der Metallindustrie auf weitere Zweige über. Um ein Beispiel zu nennen: Auch der Textilindustrie fehlt es sehr an Arbeitskräften. Für Industrie und Einzelhandel ist die ganze Entwicklung erfreulich, für die Gesamtwirtschaft besteht die Sorge, daß bei allem auch der Export seinen richtigen Anteil bekommt und gesteigert wird - und diesem Komplex wendet sich das Hauptinteresse zu.

Alle ausländischen Besucher, die nach Israel kommen und die das Land 1966 und 1967 gesehen haben, sind jedenfalls von der veränderten Atmosphäre, von der Aktivität und dem erneuten schnellen Wirtschaftsfortschritt sehr beeindruckt.